

Johannes Schwarze und Tanja Mühling

Empirische Forschung zur ökonomischen Situation und zum Armutsrisiko von Familien – Folgerungen und Ausblick

Empirical research on the economic situation and poverty risks of families
– Conclusions

Walter Hanesch hat in seiner Einführung zum Themenschwerpunkt „Ökonomische Situation der Familie“ eine Reihe von Fragestellungen und Ergebnissen der empirischen Armutsforschung angesprochen, die in den drei Beiträgen aufgegriffen und näher behandelt wurden:

Marina Rupp und Kurt Bierschock konnten anhand ihrer Analysen zeigen, dass die Markteinkommen kinderreicher Familien wegen der geringeren Erwerbsbeteiligung der Eltern, speziell der Mütter, unter den Erwerbseinkommen von Ein- und Zwei-Kind-Familien liegen, und dass Familien mit drei oder mehr Kindern trotz der stärkeren Inanspruchnahme staatlicher Transferleistungen niedrigere Äquivalenzeinkommen haben als kleinere Familien. Die staatliche Umverteilung gleicht die finanzielle Benachteiligung von kinderreichen Familien also keineswegs vollständig aus, was auf unterschiedlichsten Ebenen Implikationen für die betreffenden Haushalte haben kann.

So zeigt der Beitrag von Tanja Mühling, dass Familien, die mit knappen Einkommen wirtschaften müssen, häufig Konsumentenkredite aufnehmen. Bei den Familien von Alleinerziehenden führen niedrige Haushaltseinkommen überdurchschnittlich oft sogar zu kumulierten Unterversorgungen im Sinne des Lebenslagenansatzes, was sich schließlich auch in Beeinträchtigungen der Zufriedenheit und verstärkten Sorgen in unterschiedlichsten Lebensbereichen widerspiegelt.

Die Untersuchungsergebnisse von Peter Krause und Tanja Zähle verdeutlichen, dass sich die Einkommen von Familien in konjunkturell schwierigen Zeiten, wie wir sie in den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende erleben, etwas ungünstiger entwickeln als die Einkommen in der Gesamtbevölkerung. Entsprechend erhöht sich in Phasen hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Rezession das Armutsrisiko von Familien überproportional. Für kinderreiche Familien und Alleinerziehende ist dies besonders problematisch, da diesen Familientypen ein dauerhafter Ausstieg aus der Armut schwerer gelingt als anderen Haushalten.

Welche Auswirkungen die prekäre ökonomische Situation auf das Innenverhältnis der Familie, v.a. auf die Paarbeziehung, die Geschlechterrollen, die Beziehungen zur Verwandtschaft und das Eltern-Kind-Klima hat, und welche Strategien Familien im Umgang mit ihrer ökonomischen Situation wählen, sind aus Sicht der

Familienforschung interessante Forschungslücken, die in den vorliegenden Artikeln nicht beantwortet werden konnten. Aus den Ergebnissen der Beiträge in diesem Themenschwerpunkt lassen sich jedoch die folgenden klaren Schlussfolgerungen ziehen:

1. Soll die finanzielle Situation von Familien, insbesondere der Familien mit drei oder mehr Kindern und der Familien von Alleinerziehenden, verbessert werden, dann besteht Handlungsbedarf von Seiten der Sozial-, Steuer- und Familienpolitik.
2. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Arbeitslosigkeit und die Ausweitung der Arbeitszeit nach der intensiven Familienphase sind die wichtigsten Faktoren beim Ausstieg aus Einkommensarmut. Insofern sind eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik und alle Maßnahmen, die effektiv an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ansetzen, zentral bei der Vermeidung von Armut in Familien.

Ausgelöst durch die Verknappung der Mittel der öffentlichen Haushalte hat sich der Druck auf die Politik erhöht, über die Erreichung ihrer vorab definierten Ziele Rechenschaft abzulegen. Vor diesem Hintergrund ist das Interesse an Wirkungsanalysen und Einkommenssimulationen, in denen z.B. die Wirkung ausgewählter sozialpolitischer Instrumente und Regelungen des Steuerrechts auf verschiedene Familientypen modelliert werden kann, stark gestiegen. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Kontext internationalen Vergleichen zu, da das Phänomen der Einkommensbenachteiligung und Armutsgefährdung von Familien, insbesondere von Alleinerziehenden, z.B. in den skandinavischen Ländern wesentlich weniger verbreitet ist als in Deutschland.

Es ergeben sich darüber hinaus aus der Europäisierung der Sozial- und Wirtschaftspolitik vielfältige Impulse für die Armutsforschung, die auf die Weiterentwicklung und Vereinheitlichung von Indikatoren abstellen:

Der Gipfel von Lissabon definierte das ehrgeizige Ziel, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, in dem den Bürgern mehr und bessere Arbeitsplätze zur Verfügung stehen sollten und der von größerem sozialen Zusammenhalt geprägt sein sollte. Die inzwischen 25 Mitgliedsstaaten der EU haben sich aus diesem Grund dazu verpflichtet, „Nationale Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ (NAP) zu entwickeln und umzusetzen. Es stellt sich daher die Frage, anhand welcher Kriterien und Indikatoren die Entwicklung der Lebensqualität in den EU-Ländern vergleichbar und robust gemessen und damit der Erfolg der Nationalen Aktionspläne beurteilt werden kann. Das Ziel einer Armuts- und Reichtumsberichterstattung, die vor dem Hintergrund der Nationalen Aktionspläne internationale Vergleiche zu ermöglichen hat, muss es folglich sein, ein in sich stimmiges Konzept von Lebensqualität und sozialer Eingliederung zu entwickeln, das durch ein differenziertes Indikatorenset abgebildet werden kann. Wenngleich es inzwischen zum Standard geworden ist, den Lebenslagenansatz anzuwenden, bleibt die Auswahl der jeweils einbezogenen Dimensionen und die Definition der Unterversorgungs- bzw. Privilegierungsschwellen oft willkürlich. Statt auf theoretischen Überlegungen basieren die gewählten Lebenslagendimensionen

und Indikatoren zumeist schlicht auf den Möglichkeiten, die die vorhandenen Datenquellen bieten. Problematisch hieran ist, dass die Beziehung der Indikatoren untereinander zu wenig reflektiert wird, so dass letztlich Kumulationen von Unterversorgungen und Privilegierungen nicht sinnvoll interpretiert und verglichen werden können. In der nationalen Diskussion zur Armut- und Reichtumsberichterstattung, auf EU-Ebene im Rahmen der Weiterentwicklung der Laeken-Indikatoren¹ und auch für weltweit umfassende Armutsvergleiche besteht ein weitgehender Konsens, dass Armut künftig mehr noch als bisher multidimensional verstanden und operationalisiert werden muss. In der internationalen Diskussion kommt dabei Amartya Sens Ansatz der Verwirklichungschancen² eine besondere Bedeutung zu.

Für die Qualität der internationalen Vergleiche von Armut und sozialer Benachteiligung ist ausschlaggebend, ob den Forschern robuste, validierte, aktuelle und harmonisierte Indikatoren vorliegen. Den Bedarf an entsprechenden Daten soll künftig EU-SILC decken, das European Survey on Income and Living Conditions. Die Datenerhebung wurde in den meisten Mitgliedsstaaten 2004 gestartet, drei Länder, darunter Deutschland, begannen 2005. Erste Ergebnisse aus EU-SILC sollen im Frühjahr 2006 vorliegen. Das Sample für Deutschland umfasst rund 14.000 Haushalte und müsste insofern auch für einzelne Familientypen noch detaillierte Analysen erlauben. Es ist daher zu hoffen, dass die vorgesehenen Nutzungsmöglichkeiten der EU-SILC-Daten für wissenschaftliche Zwecke bald eröffnet werden.

Eingereicht am: 29.07.2005

Akzeptiert am: 05.09.2005

Anschrift der Autoren:

Prof. Dr. Johannes Schwarze
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Sozialpolitik
Feldkirchenstraße 21
D- 96045 Bamberg

Email: Johannes.Schwarze@sowi.uni-bamberg.de

Dr. Tanja Mühling
Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg
Heinrichsdamm 4
D- 96047 Bamberg

Email: Tanja.Muehling@ifb.uni-bamberg.de

¹ Bei den sog. „Laeken-Indikatoren“ handelt es sich um 18 statistische Indikatoren für die soziale Eingliederung, die der Europäische Rat von Laeken im Dezember 2001 angenommen hat. Ein wesentlicher Kritikpunkt an den Laeken-Indikatoren ist, dass keinerlei subjektive Indikatoren enthalten sind.

² Der Ansatz der Verwirklichungschancen („Capabilities“) erweitert die Perspektive über die monetäre Betrachtung hinaus auf die Handlungsspielräume von Menschen.